



Außenwirtschaft

Aiwanger: "Jetzt ist schnelles Handeln notwendig - Unterstützung für die Ukraine und Sicherung der heimischen Wirtschaftsabläufe"

27. Februar 2022

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger beruft nach der ersten Wirtschaftsrunde am vergangenen Freitag für diese Woche Donnerstag eine umfangreichere Wirtschafts-Task Force „Ukraine/Russland“ ein. Aiwanger: „In dieser Krise, die Russland durch den Angriff auf die Ukraine ausgelöst hat, ist schnelles und koordiniertes Handeln wichtig. Neben den nationalen und internationalen Maßnahmen wie Sanktionen und Hilfen müssen wir uns auch gezielt um die Sicherung der heimischen Wirtschaftsabläufe kümmern: von der gesicherten Lebensmittelversorgung über Energie bis hin zu Lieferketten, Inflationsrate, Datensicherheit und aktuellen Problemen unserer Verbraucher und Firmen. Die Unterbringung und Betreuung der Kriegsflüchtlinge ist ebenso eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Wirtschafts-Task Force wird eine Plattform für Vernetzung, Information, Zukunftsstrategie und Unterstützung in dieser Krise, die wir gezielt nach Lageentwicklung anpassen.“

Mitglieder der Arbeitsgruppe sind zum Start unter anderem die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), IHK, Handwerksammer, der Handelsverband, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA), Lebensmittelindustrie, die Arbeitsagentur, LfA Förderbank, Bayerischer Bankenverband, der Energieversorger Bayernwerk und die Gasnetzbetreiber bayernnets und Open Grid Europe, Wirtschaftsexperten sowie der Bayerische Wirtschafts-Repräsentant in der Ukraine, Alexander Markus.

Für Montag (28. Februar) hat der Bayerische Staatsminister eine Wirtschaftsministerkonferenz mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck initiiert. Aiwanger: „Wir müssen uns auf vielen Ebenen beraten, um die richtigen und bestens abgestimmte Maßnahmen zu treffen.“

Bereits in den letzten Tagen hatte sich Aiwanger in zahlreichen Gesprächen mit Firmenvertretern insbesondere auch zum Thema Lieferketten mit Bezug zu Ukraine und Russland sowie mögliche Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft informiert. Aiwanger: „Es ist besorgniserregend, wie sich aufgrund des Ukrainekriegs Teile unserer Wirtschaft nach zwei Jahren Pandemie schon wieder im Krisenmodus befinden, in den sie durch den Völkerrechtsbruch Russlands getrieben werden. Wir müssen auf allen Ebenen gezielt die richtigen Maßnahmen treffen, um die Ukraine zu unterstützen und die heimischen Wirtschaftskreisläufe zu stärken.“

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 95/22